Nr. 254
Uhr
Neu!
Mandola
al frei!
Gute preiswerte Beine
G. Philipp
Schlager!
-Nadeln
stig!
16.00
22.00
149 d
derverkäufer!
Lehmann
Pelze
chtung!
ertraulich!
arderoben
tenzahlungen

Nr. 255 XXIX. Jahrgang — Sonntag, 30. Oktober 1921

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: [illegible]

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 7.–, vierteljährlich M. 21.–. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 7.– frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 3.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 5.50. Einzelnummer 40 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13597 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Das Säbelgerassel in Mitteleuropa

Konflikt zwischen Großer und Kleiner Entente — Vorläufige leichte Entspannung

Die Kriegsgefahr in Mitteleuropa ist durch den überraschend schnellen Zusammenbruch des letzten Abenteuers der Habsburger leider noch nicht ganz behoben. In den Kreisen der Kleinen Entente will man die Gelegenheit benützen, dem jetzigen antidemokratischen Regiment Horthys in Budapest ein Ende zu machen. Man besteht also auf unbedingter Erfüllung des Friedensvertrages von Trianon. Dieser sieht eine bedingungslose Uebergabe des Burgenlandes an Deutsch-Oesterreich vor, während der unter Italiens Patronat kurz vor dem Karls-Putsch abgeschlossene Vertrag von Venedig diese Uebergabe von einer vorherigen Volksabstimmung abhängig macht. Der Botschafterrat hat nun im Gegensatz zu den Forderungen der Kleinen Entente dieses Abkommen weitern gebilligt. Damit tritt neben den Konflikt zwischen Prag — Belgrad und Budapest der weitaus wichtigere Konflikt zwischen Paris und Prag — Belgrad. Die „Große Entente“ möchte ein bewaffnetes Einschreiten der Tschecho-Slowakei und Jugoslawiens unter allen Umständen verhindern. Wir wiesen schon vor einer Woche darauf hin, daß eine übermäßige Schwächung Ungarns vor allem nicht im Interesse Italiens liegt, das in Jugoslawien zur Zeit den Feind sieht. Die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Frankreichs und Englands in Budapest sind unsern Lesern bekannt.

Es ist der Großen Entente fürs erste einmal gelungen, die Uebergabe des Ultimatums in Budapest vorläufig zu verhindern. Die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien scheinen dabei nicht gemeinsam vorgegangen zu sein, denn von Prag aus hat man noch eine Note nach Paris geschickt, deren für Sonntag erwartete Beantwortung über den Anschluß der Tschecho-Slowakei an den von Jugoslawien ausgehenden Schritt entscheiden soll. Bis dahin ist also keine endgültige Klärung der Lage in Mitteleuropa zu erwarten. Beide Staaten setzen ihre Mobilmachung fort, die in Graslitz zu so bedauerlichen Vorfällen führte.

Der tschechische Gesandte in Berlin gebraucht hohe Worte von „Demokratie“ und „Freiheit“. Daran sind wir gewöhnt. Sie müssen im Zeitalter des Imperialismus jedes kriegerische Unternehmen rechtfertigen. Wir sympathisieren gewiß nicht im geringsten mit Ungarn und wünschen diesem unglücklichen Lande von Herzen bessere Regenten als die feudalen Magnaten von heute; aber gegen neue Kriegsverwicklungen in Mitteleuropa müssen wir unbedingt Stellung nehmen.

Es ist deswegen mit Freuden zu begrüßen, daß der Druck der Großen Entente in Belgrad wie Prag eine gewisse Entspannung herbeigeführt zu haben scheint. Das Säbelgerassel in Mitteleuropa ist ein klein wenig leiser geworden.

*

Die unbezahlten Rechnungen König Karls

Größte finanzielle Mißwirtschaft in Hertenstein

W. Genf, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Ausweisung der Anhänger Karls aus der Schweiz stößt auf Hindernisse, die nicht eines komischen Beigeschmackes entbehren. Es stellt sich nämlich im Laufe der Untersuchungen immer mehr heraus, daß in diesen Kreisen die größte finanzielle Mißwirtschaft herrschte. Trotzdem die zur Verfügung stehenden Geldmittel bereits seit längerer Zeit knapp waren, lebte die ganze Gesellschaft auf sehr großem Fuße. Da die Kronenjuwelen zum größten Teile bereits seit längerer Zeit bei den verschiedenen Banken verpfändet worden waren, wurden in immer größerem Maße bei den Lieferanten, aber auch bei zahlreichen Hotels Kredite in Anspruch genommen. Ein großes Hotel in Bern hat allein noch unbezahlte Rechnungen in Höhe von mehreren Millionen Franken. Alle diese geschädigten Kreise wenden sich nun dagegen, daß man die Habsburger Herrschaft jetzt einfach aus der Schweiz entfernt, ohne daß diese Verbindlichkeiten geregelt sind. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich in der Weise geordnet werden, daß ein Mitglied des habsburgischen Kreises in der Schweiz zurückgehalten wird, und zwar der Baron Steiner, ein ungarischer Kriegsgewinnler, der von Karl geadelt worden ist und einen großen Teil der habsburgischen Propaganda aus eigenen Geldmitteln unterhielt. Der Herr Baron wird nun aller Wahrscheinlichkeit nach das Vergnügen haben, mit dem Rest seines Kriegsgewinnes für seine legitimistischen Anschauungen einzutreten. Die Vertreter der schweizerischen Regierung sollen bei der Untersuchung in Hertenstein festgestellt haben, daß die ganze Familie von der Hand in den Mund lebte. Die drei Erzherzoginnen, die sich ebenfalls am Hofe des Königs befanden, haben den schweizerischen Beamten erklärt, daß sie nicht abreisen können, weil sie kein Reisegeld haben. Aus Publikationen dieser Verhältnisse muß noch erwähnt werden, daß sich das Gefolge Karls einschließlich der Dienerschaft und der politischen Agenten auf 80 bis 90 Personen zusammensetzte und daß die königliche Hofhaltung, deren Einschränkung von Karl trotz der Vorstellungen der schweizerischen Behörden hartnäckig abgelehnt worden war, nicht weniger als zwei Millionen Franken jährlich, d. h. also etwa 200 Millionen ungarische Kronen gekostet hat.

Erklärungen des tschechischen Gesandten in Berlin

„Für Demokratie und Freiheit“

+ Berlin, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der tschecho-slowakische Gesandte in Berlin, Ministerpräsident a. D. Tusar, machte unserm Vertreter auf die Frage, was die Kleine Entente in der nach dem erneuten Putschversuch des Exkaisers Karl geschaffenen Lage zu tun gedenke, folgende Mitteilungen:

Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Nichts wäre kurzsichtiger, als zu meinen, die ungarische Angelegenheit sei für Europa befriedigend erledigt, da Karl v. Habsburg unschädlich gemacht wurde. Nein, sie ist nicht erledigt, und Karl thronte heute in der Budapester Burg, wenn die Kleine Entente nicht radikal vorgegangen wäre. Es hat den Anschein, als wäre die gegenwärtige Regierung von Ungarn allein mit Karl fertig geworden. Aber gerade das ist entschieden zu bezweifeln. Ihr kam der Druck von außen zur Hilfe. Sie hat ihn nicht ungeschickt benützt, ohne es freilich zuzugeben. Europa muß sich nun fragen, ob in Ungarn in diesen Tagen eine fortschrittliche Idee über eine reaktionäre triumphiert hat. Es wird diese Frage verneinen müssen. Reaktion stand gegen Reaktion im Kampfe um die Macht. Der Legitimismus, der die Macht behielt, unterscheidet sich von jenem, der unterlag, nur durch seine Repräsentanten. Mit Demokratie hat er gar nichts zu tun. Ob in Ungarn ein paar karlistische Magnaten herrschen oder ein paar absolutistische Offiziere, das ist für Europa gleich schlimm. Der Angriff Karls ist abgeschlagen — sehr gut! Damit können wir zufrieden sein. Aber daß sich Ungarn infolgedessen darauf beruft, der Hort von „Ordnung und Frieden“ zu sein, und sein undemokratisches System befestigt, dem dürfen wir nicht mit Gleichmut zusehen. Ungarn wird seine Ordnungs- und Friedensliebe erst beweisen, wenn es den Friedensvertrag, den es unterschrieben hat, gewissenhaft erfüllt. Das zu verlangen, haben seine Nachbarn ein unbedingtes Recht, und daß die Große Entente, die den Frieden von Trianon selbst diktiert hat, allen Grund hat, das zu verlangen, braucht nicht diskutiert zu werden.

Man war gegen Ungarn bisher äußerst duldsam. Ungarn hatte den Vorwand, gegen die bolschewistische Gefahr gerüstet sein zu wollen. Es konnte auf die bolschewistische Episode hinweisen, die es Bela Khun zu verdanken hatte. Es gilt als historisches Gesetz, daß auf derlei Revolutionen die Reaktion folgt, und man nahm auf Ungarn infolge dieser Erwägung besonders Rücksicht. Alles dies in Kauf genommen — darf man das antidemokratische System in Ungarn stabilisieren? Mitten unter ausgeprägt demokratischen Staaten bildet es nicht bloß einen Gegensatz, sondern auch eine ständige Gefahr. Europa darf an diesem Problem nicht uninteressiert vorbeisehen, es wird in seiner Gesamtheit davon berührt. Hier besteht ein Herd der Unruhe, der beseitigt werden muß. Das ungarische Regime von heute, durch die Niederlage der karlistischen Konkurrenz gestärkt, bedeutet neue Kämpfe im Burgenlande, irredentistische Agitation in allen Nachbarstaaten und imperialistische Vorstöße. Der Friedensvertrag von Trianon wird zu einem Fetzen Papier, über den man sich lustig macht. Das wollen und können wir nicht zulassen, denn wir erstreben wirklichen Frieden. Ihn verbürgt einzig die Aufrichtung der Demokratie in ganz Mitteleuropa. Die Kleine Entente hat keinerlei Absichten, Ungarn Gewalt anzutun, denn sie wünscht enge und aufrichtige Beziehungen zum ungarischen Volke, dessen freiheitliche Geschichte sie ehrt und das sie als Opfer einiger unglückseliger Politiker ansieht, aber sie wird mit allen Mitteln namentlich die Abrüstung Ungarns fordern und sich nicht mit Kompromissen begnügen, die die mitteleuropäische Luft mangelhaft zu reinigen versuchen. Sie hofft auf die Unterstützung durch die ganze europäische Oeffentlichkeit, die noch durch eine Unmenge tendenziöser Nachrichten irritiert wird. Die tschechoslowakische Republik fühlt sich als Mitvollstreckerin des demokratischen Gedankens und wird erfüllt vom Bewußtsein hoher Verantwortung, entsprechend zu handeln.

Die Große gegen die Kleine Entente

Die Botschafterkonferenz bestätigt den Pakt von Venedig

B. Berlin, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Wien gemeldet wird, informierten die Wiener Entente-Gesandten gestern die Presse dahin, daß die Botschafterkonferenz dem Protokoll von Venedig zugestimmt habe, und daß damit das Verlangen der Kleinen Entente an Ungarn, auf die Venediger Zugeständnisse zu verzichten, hinfällig geworden sei. Von Paris, London und Rom wurden die größten Anstrengungen gemacht, um ein bewaffnetes Eingreifen der Kleinen Entente in Ungarn zu verhindern. Die Bestätigung der Venediger Beschlüsse durch die Botschafterkonferenz stellte die Kleine Entente vor eine peinliche Entscheidung. Beharrten Prag und Belgrad auf ihrer Forderung, Ungarn müsse das Burgenland sofort und bedingungslos übergeben, und nehmen sie eine Weigerung Ungarns als Kriegsfall an, so bedeutete das einen offenen Gegensatz zwischen der Kleinen und Großen Entente. Gestern nachmittag ist die Prager Regierung zu folgendem Kompromiß gekommen: Die Bestätigung der Venediger Beschlüsse bedeutet für die Tschecho-Slowakei keinen Kriegsgrund, doch bleibt die Kleine Entente unbedingt auf der Forderung der Abrüstung Ungarns und auf der endgültigen Erledigung der Habsburger-Frage bestehen. Im allgemeinen ließ sich gestern nachmittag eine weitere Entspannung feststellen. Natürlich tritt angesichts des Beschlusses der Botschafterkonferenz der Konflikt der Kleinen Entente mit Ungarn zurück gegen die Konfliktmöglichkeiten mit den Ententegroßmächten.

*

Das Ultimatum noch nicht überreicht

Tschechische Note an die Entente

W. Wien, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die politische Situation in Wien ist unverändert, da noch keine Entscheidung der Kleinen Entente über ihren weiteren Schritt in Ungarn vorliegt. Unsre frühere Meldung, daß die Tschecho-Slowakei noch mit der Großen Entente wegen ihres Beitritts zum Ultimatum verhandelt, wird durch die inzwischen eingegangene Nachricht bestätigt, daß die Tschecho-Slowakei eine in diesem Sinne gehaltene Note an die Botschafterkonferenz gerichtet hat. Eine Entscheidung der Tschecho-Slowakei ist vor Eintreffen der Antwort auf ihre Note, die kaum vor Sonntag erwartet werden kann, nicht zu erwarten. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ wird aus Budapest gemeldet, daß von jugoslawischer Seite in Budapest das Ultimatum seiner Regierung an Ungarn bereits eingetroffen sei, gleichzeitig aber auch eine Depesche von Pašitsch aus Paris, dieses Ultimatum noch nicht zu übergeben. Die jugoslawische Nationalversammlung ist auf den heutigen Sonnabend einberufen worden. Ein Ultimatum an Ungarn müßte von ihr beschlossen werden.

Leichte Entspannung

Kein Ultimatum, sondern nur eine energische Note

□ Wien, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach den letzten Meldungen gewinnt es den Anschein, als ob eine Entspannung eingetreten ist, und kein Ultimatum, sondern nur eine energische Note zur Wahrung der Interessen der Kleinen Entente gegenüber Ungarn abgesandt wird. Das eigentliche Gefahrenzentrum liegt in Belgrad, wo man mit besonderer Heftigkeit auf die restlose Durchführung der in den Forderungen des jugoslawischen Ministerrats zusammengefaßten Politik der Kleinen Entente drängt. Inzwischen übt Frankreich auf Jugoslawien einen scharfen Druck aus, um es zurückzuhalten, und es scheint, daß dies bereits gelungen ist. Auch aus Prag wird bereits eine Entspannung der Situation gemeldet. Es hat den Anschein, als ob der gegenseitige Gedankenaustausch der Kleinen Entente ein wenig beruhigt hätte. Nach der Ansicht maßgebender Kreise dürfte die Botschafterkonferenz die unverzügliche Abrüstung in Ungarn fordern und angeben, daß hier ein Versäumnis geschehen ist. Es wird auch vermutet, daß die Botschafterkonferenz sich für die Forderungen der Kleinen Entente nach einem Ersatz der Mobilisierungskosten einsetzen wird. Da sich die übrigen Punkte, nämlich die dauernde Ablehnung der Habsburger und die Internierung der Familie Karls auf einer entlegenen Insel, mit den Forderungen der Großen Entente decken, glaubt man, daß die Gegensätze aus der Welt geschafft werden können und die Kleine Entente sich zufrieden geben wird. Jedenfalls läßt sich heute eine etwas ruhigere Auffassung der Lage konstatieren, wodurch die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung verstärkt wird.

*

Standrecht in Graslitz

Tschechische Darstellung der Vorgänge

× Prag, 28. Oktober. Ueber die Vorgänge in Graslitz verbreitet die Presseabteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung folgende Darstellung: Am Donnerstag nachmittags 5 Uhr kam in Graslitz eine militärische Assistenzabteilung an, bestehend aus 38 Mann und 2 Offizieren. Sie wurde am Bahnhof von einer großen Ansammlung der Bevölkerung erwartet, die die Soldaten mit Lärmen empfing, sie umringte, schmähte und mit Steinen bewarf. Als die Abteilung unter bedeutenden Hindernissen auf dem Marktplatz anlangte, fielen aus den umliegenden Häusern zwei Schüsse. Das war das Signal zu einem Angriff der Bevölkerung, die den Soldaten die Gewehre zu entreißen begann. Der Kommandant gab darauf Befehl, zu schießen. Es wurden 12 Personen getötet und 10 verwundet. Zur Sicherung der Ruhe wurde über den politischen Bezirk Graslitz das Standrecht verhängt.

Zwei Interviews

Von Graf Posadowsky

Zeitungsnachrichten zufolge hat General Ludendorff dem Berliner Vertreter des „New York Herald“ und dem Berichterstatter der französischen Zeitung „Oeuvre“ ein Interview über Fragen der auswärtigen Politik gewährt. Im allgemeinen dienen solche Interviews nur dazu, dem Ausfragenden ein Zugstück für seine Zeitung und dem Ausgefragten ein öffentliches Rednerpult zu verschaffen; solche zusammengedrängte Aeußerungen versinken bald in dem unruhigen Wellenschlag der Tagespresse. Wenn indes ein Mann wie General Ludendorff, von welchem die öffentliche Meinung annimmt, daß er die Seele der deutschen Kriegführung im Weltkriege war, sich über Fragen der Politik äußert, so besitzen solche Erklärungen für In- und Ausland naturgemäß höhere Bedeutung und verdienen ernste Betrachtung. Bei der geschichtlichen Bedeutung des Befragten muß man auch annehmen, daß seine Aeußerungen nicht nur der Ausdruck einer allgemeinen Auffassung, sondern mit einer bestimmten politischen Absicht verbunden waren. Diese Absicht kann nach dem Inhalt der Interviews, wenn sie wahrheitsgemäß wiedergegeben sind, nur darin bestehen, ein gemeinsames kriegerisches Einschreiten Deutschlands, Frankreichs und Englands, unter Amerikas Mithilfe gegen den russischen Bolschewismus, bezüglich das bolschewistische Rußland, sowie gleichzeitig den Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich anzuregen.

Die Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden Landes ist indes in jedem Falle ein höchst bedenkliches Unternehmen. Die preußische Geschichte bietet hierfür einen warnenden Vorgang. 1790 schlossen Oesterreich und Preußen die Konvention von Reichenbach, deren innerer Zweck war, ein Gegengewicht gegen das revolutionäre Frankreich zu bilden. Die mittelbare Erfüllung des inneren Zweckes der Konvention vollzog sich 1792 in dem österreichisch-preußischen Kriege gegen Frankreich durch den Einmarsch des preußischen Heeres in die Champagne. Der Feldzug endete nach der Kanonade von Valmy mit dem Rückzug des preußischen Heeres aus dem französischen Kreidesumpf und 1795 mit dem Frieden von Basel, durch welchen Preußen seine linksrheinischen Besitzungen verlor. Preußen hatte sich dadurch den Haß des französischen Volkes zugezogen und mußte hierfür durch die spätere napoleonische Politik und ihre Kriege unsagbar leiden. Das verbündete Oesterreich wurde zudem ein stiller Feind Preußens, und die französischen Monarchisten, welche hinter dem Vorhang ihren Einfluß für das bedenkliche Unternehmen geltend gemacht hatten, wußten Preußen keinen Dank, sondern warfen sich in die offenen Arme Napoleons. Die neueste deutsche Politik hat bereits in sehr bedenklicher Weise in die Verhältnisse Rußlands eingegriffen durch die Gründung des polnischen Staatswesens, der schwerste politische Fehler, den Preußen je begangen, und das herbste Unrecht an der deutschen Ostmark, und damit an ganz Deutschland, da mit der Gründung des polnischen Staates die Berechtigung der nationalen Wünsche der Polen anerkannt und hierbei gleichzeitig die gemischtsprachigen Provinzen der Ostmark, Posen und Westpreußen, politisch preisgegeben wurden. Man kann jenen Beschluß nur dadurch erklären, daß die entscheidende Regierungsstelle in jener Frage von Persönlichkeiten beraten wurde, welchen jede Kenntnis der Verhältnisse in den betreffenden Gebieten und jedes Verständnis für das Wesen des Polentums fehlte. Der leichtherzige Schritt hat sich an Deutschland fürchterlich gerächt.

Daß Frankreich sich an einem kriegerischen Unternehmen gegen den Bolschewismus beteiligen würde, ist vollkommen ausgeschlossen. Eine französische Regierung, die sich dazu drängen ließe, nach dem preußischen Vorgange von 1792 einen ähnlichen Versuch gegen Rußland zu unternehmen, würde den heftigsten Widerstand im eigenen Lande finden; auch die Erinnerungen an das militärisch ähnliche napoleonische Unternehmen des Jahres 1812 gegen Rußland sind dort noch sehr lebhaft. Polen, wo starke bolschewistische Strömungen vorhanden sind, dürfte bei seinem finanziellen und wirtschaftlichen Elend für ein gegen Rußland vorrückendes Heer kaum eine wesentliche Stütze sein können. England will zwar Rußland wirtschaftlich ausbeuten, ist aber viel zu weitsichtig, um sich eines solchen politischen Spieles halber an einem Kriege gegen die bestehende russische Regierung zu beteiligen; es würde dadurch nur seine ost- und südasiatischen Interessen gefährden. Auch mag es zweifelhaft erscheinen, ob England, das in Indien und in Irland starker Truppenmassen bedarf und ein Kontingent für die Besetzung deutscher Gebiete zu stellen hat, bei den jetzigen vielfachen Schwierigkeiten im Mutterlande selbst größere Truppenmassen für ein russisches Unternehmen abgeben könnte. Ebensowenig wäre auf die Mithilfe der Vereinigten Staaten von Amerika zu rechnen, die seit dem Ausscheiden des Präsidenten Wilson wenigstens die Absicht erkennen ließen, sich von den europäischen Angelegenheiten mehr als bisher zurückzuhalten. Mit der Besetzung Petersburgs und Moskaus würde der Bolschewismus wahrscheinlich noch nicht niedergeworfen sein; ein Präventivkrieg aber gegen das gewaltige Gebiet des bolschewistischen Rußlands, dessen Eisenbahnen nach übereinstimmenden Mitteilungen sich im Zustande des Niederbruches befinden, dessen Bevölkerung zum Teil unter grausamer Hungersnot leidet, wäre nicht nur ein sehr gefährliches, sondern auch höchst leichtfertiges Wagnis, da nach Ansicht des Generals Ludendorff die einrückenden Heere nicht nur ihren Ope-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19211030/1